

*Liebe Freunde,
sehr geehrte Damen und Herren,*

am 28. November 2007 ist nach schwerer Krankheit im 79ten Lebensjahr Gretchen Schenke, die Witwe meines Freundes Wolf Schenke, Gründungs-Herausgeber und bis 1989 Chefredakteur der Zeitschrift NEUE POLITIK, verstorben. Gretchen Schenke war eine umsichtige, treue und fleißige Kameradin ihres Mannes und hat diese Eigenschaften auch auf mich übertragen. Ich bin ihr mit großer Dankbarkeit verbunden.

Es kann durchaus sein, daß Auseinandersetzungen in und um den Kosovo in einen größeren oder sogar großen Krieg führen. Der Balkan war schon einmal Ausgang eines Krieges. Die Schüsse auf den österreichischen Thronfolger in Sarajevo 1914 trugen zum Ausbruch des 1. Weltkrieges bei.

In und um dem Kosovo, immer noch staatsrechtlich eine Provinz Serbiens, gibt es einen fast unlösbaren Konflikt zwischen der im Völkerrecht postulierten Selbstbestimmung der Völker und dem anerkannten Recht auf die Souveränität der Staaten. Wo fängt die Selbstbestimmung an und wo hört die Souveränität auf, vor allen Dingen dann, wenn sich Staaten und Völker aus der Nachbarschaft einmischen?

Die Bevölkerungsstruktur im Kosovo setzt sich zusammen aus: Albaner 87 %, Serben 8 %, Roma 2 %, Türken und Bosniaken 2 %, Torbeschen, Doranen und Kroaten 1 %. Der Anteil der Serben war vor dem Kosovo-Krieg 1999 sicher höher. Jedes der genannten Völker hätte nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Anspruch auf Autonomie, mindestens, wenn nicht auf einen eigenen Staat auf dem Boden des Kosovo. Daß das nicht möglich ist, liegt auf der Hand, so auch in den anderen Regionen des ehemaligen Jugoslawien. Genau dies sind die Gefahren: Die Serben in Bosnien-Herzegowina, die Kroaten, Mazedonier und Albaner, deren Heimaten in einem anderen Staatsgebilde sind, können sich gemüßigt sehen, sich dem Stammland anzuschließen. Gräueltaten sind nicht ausgeschlossen. Die kulturelle Substanz des Kosovo, in den vergangenen Jahrhunderten entstanden, ist jetzt schon weitgehend zerstört.

Es war ein Verbrechen, auch ein bundesrepublikanisches, sich an der gewaltsamen Zerstörung Jugoslawiens zu beteiligen. Es wäre Aufgabe der Bundesregierung, der Regierung Kohl, gewesen, Streit schlichtend und mäßigend in den Konflikt zwischen den jugoslawischen Gliedstaaten einzugreifen.

Ich weiß nicht, ob die Zahl der Toten in den jugoslawischen Kriegen bekannt sind. Alleine im Gebiet Bosnien-Herzegowina hat es 100 000 Tote gegeben, die wir Deutsche mitzuverantworten haben. Politisch und sozial ist der Balkan in die Zeit vor dem 1. Weltkrieg zurückgefallen, minus der damals noch wirksamen Kolonial- und Ordnungsmacht Österreich. Die Menschen dort fangen wieder bei Null an, und das möglicherweise mit einem 3. Weltkrieg.

Hinzu kommt noch die us-amerikanische Präsenz im Kosovo. Ohne das Volk des Kosovo zu fragen bzw. den souveränen Staat Serbien um Einverständnis zu bitten, haben die US-Amerikaner im Kosovo ein **Camp Bondsteel** errichtet. Ich zitiere aus Wikipedia im Internet > *Camp Bondsteel ist eine Militärbasis der US-Armee bei Uroševac im Kosovo. In ihr befindet sich das Hauptquartier des us-amerikanischen KFOR-Kontingents (MNTF-E). Die Basis ist nach James Leroy Bondsteel, einem Vietnamkriegsveteranen, benannt. Der Stützpunkt wurde nach dem Einmarsch von NATO-Truppen in das Kosovo im Juni 1999 errichtet. Er umfaßt 386 Hektar (1 ha sind 10.000 m²) und ist von einer Mauer umgeben. Als Büros und Unterkünfte dienen rund 250 Holzbaracken des Typs "Südostasien" (SEAHut), der erstmals während des Vietnamkriegs erprobt wurde. Die Basis beherbergt bis zu 5.000 Soldaten der US-Armee und verbündeter Truppen. Camp Bondsteel ist modern ausgestattet und bietet zahlreiche Annehmlichkeiten und Einrichtungen des sozialen Lebens: ein Kino, Fitness-Studios, Sportplätze, zwei Kapellen, Bars, einen Supermarkt, mehrere Fastfood-Restaurants, Computer mit Internet-Anschluß und Videospiele. Im angeschlossenen Laura-Bush-Bildungszentrum können Kurse der University of Maryland und der University of Chicago belegt werden.* < Dieser Stützpunkt ist übrigens auch als Folterstützpunkt bekannt. Er ist der größte us-amerikanische Militär-Stützpunkt in Südosteuropa. Seine militärische Stoßrichtung ist eindeutig die ehemalige Sowjetunion. Kein Wunder, daß Rußland sich einer Unabhängigkeit des Kosovo versperrt.

Mit Hilfe der NATO, und somit auch mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland, wird eine Unabhängigkeit des Kosovo militärisch "abgesichert". Wirtschaftlich ist der Kosovo nicht lebensfähig. Die US-Amerikaner werden die Europäer anweisen, "Entwicklungshilfe" = Subventionen zu leisten.

So werden im Vorfeld des 3. Weltkrieges die "Aufmarschgebiete" zugeteilt. In der Wochenzeitschrift FREITAG vom 14. Dezember können Sie unter **Thema der Woche** einen

2-seitigen Bericht über den Kosovo lesen. Ich fürchte, der Kommentar- und Informationsbrief wird sich noch des öfteren mit dieser Lunte des nächsten (Welt-)Krieges befassen müssen.

Angesichts des aktuellen Türkischen Krieges gegen die kurdische Widerstandsorganisation PKK frage ich mich ganz naiv, warum nicht, wie im Kosovo, ein selbständiges Kurdistan geschaffen wird. Dieses Kurdistan würde dann die angestammten Siedlungsgebiete in der Türkei, im Irak und Iran umfassen, unter Umständen sogar einen kleinen Teil Rußlands und Syriens. Oder gilt Völkerrecht nur dort, wo der "Großmächtige Herrscher" in Washington es für die Bewahrung seiner Vorherrschaft für nötig hält? Bisher haben die türkischen Kurden nur Autonomie innerhalb der Türkei gefordert. Die Forderung geht nicht so weit, wie der jetzige Status der irakischen Kurden. Es ist bekannt, daß die US-Amerikaner die PKK im Iran unterstützen, um dort Unruhe zu erzeugen. Es ist bekannt, daß die US-Amerikaner im Kaukasus, zusammen mit den Wahabiten aus Saudi-Arabien politische und militärische Wühlarbeit leisten.

Überall werden Menschen getötet! Überall werden die Menschen aufeinander gehetzt. Haupthetzer sind die USA, weil sie meinen, die ganze Erde beherrschen zu müssen.

Unversehens ist diese Ausgabe wieder nur ein *Kommentar- und Informationsbrief* geworden. *Beiträge zur politischen Neuordnung* finden Sie in dieser Ausgabe nicht. Dabei wären gerade diese *Beiträge zur politischen Neuordnung* notwendiger denn je. Wir müssen national und international die *soziale Frage* diskutieren und beantworten. Diese umfaßt die Neuordnung unseres Wirtschaftslebens, des demokratischen Umganges miteinander, was wiederum mit der Kultur und der Bildung zu tun hat.

Der Kommentar- und Informationsbrief braucht dazu Ihre Hilfe. Ich brauche Ihre Beratungen bei den monatlichen Redaktionskonferenzen in Berlin, ich brauche Ihre Textbeiträge und natürlich brauche ich auch Geld, um für die NEUE POLITIK möglichst viel zu werben, damit der Kreis der zahlenden Bezieher größer wird.

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten)

abgeschlossen am 25. Januar 2008

vorhanden und können für den Personen- und Güterverkehr genutzt werden.

Daß es in Europa auch anders geht, kann man an Hand der Erfolge der Schweizer Bahn (SBB) sehen. Unter der Überschrift **> Auf das Kerngeschäft konzentriert <** berichtet FREITAG ebenfalls am 7. Dezember 2007 **> Gemeinwohl - SBB-Kodex**. Nach dem Erfolgsrezept für das Schweizer System befragt, verweist Benedikt Weibel, bis Ende 2006 SBB-Generaldirektionspräsident und damit dienstältester Bahnchef Europas, auf die mit viel Kontinuität verfolgten Ziele der Schweizer Bahnen: Nicht Gewinn sei deren Kernanliegen, sondern optimale Versorgung. Kostengünstiges Wirtschaften habe eine betriebs- und eine volkswirtschaftliche Dimension. Einem möglichen Börsengang erteilt Weibel denn auch eine Absage: "Eine echte Privatisierung eines flächendeckenden Systems öffentlicher Verkehr ist - zumindest unter heutigen Marktbedingungen - eine Illusion. Der Personenverkehr bescherte den Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) 2006 ein Jahr der Superlative und der Rekorde: Nie reisten so viele Fahrgäste in ihren Zügen und nie hatte sie so viele Stammkunden. Das Unternehmen verbuchte einen Jahresgewinn von 246 Millionen Franken (150 Millionen Euro). Nachdem 2005 ein neuer Fahrplan eingeführt wurde, der Anschlüsse besser abstimmt, führen 13 Prozent mehr Berufspendler mit dem Zug. Während die SBB zugleich im Regionalverkehr deutlich mehr Passagiere beförderte, waren Fernzüge noch zu oft zu wenig ausgelastet. Im Güterverkehr wurde das Geschäftsjahr 2006 mit leichten Verlusten abgeschlossen, die jedoch geringer ausfielen als in den Jahren zuvor. Als wirtschaftlich erfolgreicher gilt das SBB-Tochterunternehmen bei Frachtdienstleistungen im Ausland: In Deutschland beispielsweise erhöhte SBB Cargo 2006 die Verkehrsleistung um 29,5 und in Italien um 16,8 Prozent. Mittlerweile transportiert das Unternehmen fast ein Drittel der Güter außerhalb der Schweiz. Die Auslastung des Bahnnetzes erreichte 2006 mit 152 Millionen Trassenkilometern einen Höchstwert. Neben der SBB nutzen weitere 29 Unternehmen das SBB-Netz. Wie bei den regelmäßigen Referenden in der Schweizerischen Eidgenossenschaft zum Aus- und Neubau von Bahnhofoanlagen deutlich wird, teilt eine deutliche Mehrheit der Schweizer das Urteil ihrer Landsfrau Anne Cuneo, die in einer ihrer viel gelesenen Kurzgeschichten resümiert: "Werden die Bahnhöfe aufgegeben, geht auch ein Teil des Unvorhergesehenen und damit die Lust verloren, zum bloßen Vergnügen zu reisen. Es gibt nichts Traurigeres als einen sterbenden Bahnhof." Mehr als 2.400 Schweizer Firmen gründeten in unmittelbarer Nähe von Gleisanschlussstellen Niederlassungen oder trugen dafür Sorge, daß sie über Anschlüsse direkt mit dem nationalen und europäischen Schienennetz verwoben sind. In den vergangenen zwei Jahren hat die SBB 35 Regionalbahnhöfe komplett erneuert - das heißt, seit 2002 sind damit 225 Bahnhöfe renoviert worden. Bis 2015 will die SBB an 600 Regionalbahnhöfen die Kundeninformationen, die Zugänge zu den Perrons und die Beleuchtung auf einen einheitlichen Stand bringen. Zudem gibt es seit 2006

an 15 Standorten eine SBB-eigene Betriebswehr mit insgesamt 190 Personen, die eine bis dato vorhandene Bahnmiliz aus dem 19. Jahrhundert abgelöst hat. Daß die mehr als acht Milliarden Franken teure, durch das Gotthardmassiv, den Zimmerberg und den Monte Ceneri verlaufende 153,5 Kilometer lange Alpentransitstrecke vollständig vom Staat finanziert wird, beruht auf einer bewußten politischen Entscheidung, die dem Bahnsystem hohe Priorität beimisst. Nach seiner Fertigstellung wird der Gotthard-Basistunnel mit einer Länge von 57 Kilometern die längste Bahnöhre der Welt sein. Sicher scheint auch, daß für die AlpTransit Gotthard AG - zu 100 Prozent eine Tochtergesellschaft der SBB - nach Abschluß des Projektes lukrative Aufträge im Ausland folgen werden. Aufträge, die wiederum Geld in die Kassen des Unternehmens und damit des Schweizer Bundeshaushalts spülen dürften. Vorzugsweise soll es dem Ausbau des Bahnnetzes zugute kommen. < Ich kann dem Schweizer Volk nur wünschen, daß es dem Globalisierungsdruck standhält. Ein Nachgeben würde bedeuten, daß auch in der Schweiz aus allem Lebensnotwendigen Profit gezogen wird. Ich hoffe auch, daß die Prinzipien direkter Demokratie (die Möglichkeit, unmittelbar am politischen Leben teilzunehmen), erhalten bleibt. Ich kämpfe für eine direkte Demokratie in Deutschland, für eine gegliederte, ständige Volksversammlung durch Nachbarschaften. Wir müssen unser soziales und allgemeinpolitisches Schicksal selbst in die Hand nehmen, meinetwegen neben den Parteien, aber zu deren Kontrolle. □

Dienstleistungen

(spectator) Im Dezember 2007 ist spectator eines Morgens (Montag) mit dem ICE der Deutschen Bahn von Berlin nach Hamburg und am nächsten Tag (Dienstag) abends von Hamburg nach Berlin zurück gefahren, in der 2. Klasse, versteht sich, Großraum, jeweils mit Platzkarte. Soweit man sehen konnte, waren alle Plätze besetzt. Auf der Hinfahrt hockten einige Mitreisende in den Durchgängen. Der Waggon hatte zwei separate Gepäckablagen, wovon ein Ablage sehr genutzt worden ist, die andere nicht. Auf der Rückfahrt fehlten die bequemen Gepäckablagen. Man war also gezwungen, das Gepäck in die obere Ablage zu wuchten, was nicht nur spectator schwer fiel. Das ist in der Regel was für junge Leute. Für die Mäntel bzw. Jacken, die im Winter reichlich und voluminös vorhanden sind, gibt es für zwei Plätze nur einen mickrigen Haken auf der Fensterseite. Eine Garderobenablage fehlte hin und zurück völlig, was spectator für dienstleistungsfeindlich hält. Auf der Rückfahrt hat spectator in Fahrtrichtung einen Müllimer gesucht. Fehlanzeige! Er hat dann den Müll im Speisewagen abgegeben. Zwischenbemerkung: Der Berliner Hauptbahnhof, monströses Denkmal deutscher Geltungssucht, war bei Abfahrt und Ankunft ge-

spenstisch leer. Der Hamburger Hauptbahnhof ist im Vergleich eine quirlige Bahnstation, auf der laufend Züge ankommen und abfahren. Im Verhältnis zum Hamburger Hauptbahnhof ist es im Berliner Hauptbahnhof schwer, sich zurechtzufinden. Auch das angeblich so zahlreiche Bahnpersonal, welches für die Beantwortung von Fragen in Berlin zur Verfügung stehen soll, hat spectator mit der Lupe gesucht.

Vermutlich sind die meisten Leser Autofahrer wie Herr Mehdorn und sein Vorstand. Es wird sie nicht interessieren, was dem Bahnreisenden an Dienstleistungslücken auffällt. Vielleicht ist das auch angesichts der Entwicklung der Deutschen Bahn zum "global player" unwichtig. Die Rendite muß stimmen, das ist das Wesentliche. spectator fällt nur auf, daß seit Jahren Kritiker der wirtschaftspolitischen Realitäten, z.B. des Abbaus von Arbeitsplätzen in der Industrie, immer wieder belehrt worden sind, daß wir nun in einer "Dienstleistungsgesellschaft" leben, wir uns umzustellen haben. spectator fragt erst gar nicht danach, woher das Geld kommen soll, von dem Dienstleistungen bezahlt werden können. Von den Spekulationen an der Börse?

Freude kommt immer wieder auf, wenn spectator und seine Mitstreiter mit dem Kundendienst der Deutschen Post in Kontakt treten müssen. spectator bekam als Gewerbekunde ein Anschreiben von der Deutschen Post mit dem Angebot eines neuen Schalters im hiesigen Postamt für die Abgabe von Infopost und Infobrief, von Büchersendungen und für den Bezug von Briefmarken. Obwohl die Öffnungszeiten dieses Schalters mit denen der normalen Schalter nicht übereinstimmen (eingeschränkt sind), schien das Angebot einer solchen Dienstleistung ein Fortschritt zu sein. Man braucht sich nicht in die Schlange der anderen Postkunden zu stellen. Es stellte sich aber heraus, daß die Wartezeiten an diesem Schalter wesentlich länger sind, als bei den bisherigen Abfertigungen. Wie denn, wird ein regelmäßiger und intensiver Nutzer der Postdienste fragen? Die Inhalte der Postsendungen bei Infopost und Infobrief, die ja in den einzelnen Chargen gleich sein sollen, wird in Gegenwart des Einliefernden akribisch und nicht nur in einer Stichprobe überprüft. Das dauert 45 Minuten und mehr, zumal den "Beamten" noch nicht einmal das nötige Werkzeug zur Verfügung steht. Die Rechenmaschine stammt aus den 70er Jahren und funktioniert nur eingeschränkt, so daß der Postmitarbeiter sein eigenes Handy für Rechenoperationen verwenden muß - übrigens außerhalb der Kontrolle durch den Kunden. Der Briefmarkenkauf, ohnehin schon - manchmal - ein Abenteuer, wurde an diesem Schalter zu Farce, weil die Postmitarbeiter behaupteten, bestimmte gängige Werte gäbe es nicht und anfangen, zu stückeln. Ein Unding ist es, daß die Laufzeit eines normalen Briefes nach Österreich und zurück je-

weils ca. sechs Tage dauert. Während die Politiker von einem "vereinten Europa" schwätzen, vor allen Dingen dann, wenn sie im Rampenlicht stehen, funktioniert noch nicht einmal der Postdienst zwischen diesen beiden deutschsprachigen Ländern. Das ist alles nicht sehr vertrauenserweckend.

Nicht nur der ehemalige Staatsmonopolist Deutsche Post, sondern auch die Paketspedition GLS hat die freie und unbezahlte Mitarbeit von spectator in Anspruch genommen. Ein Geschäftspaket landete im benachbarten vierstöckigen Mietshaus bei einer unbekanntem "privaten" Nachbarin, der die Angst vor dem Abholer auf der Stirn geschrieben zu sein schien. Dienstleistungsgesellschaft heißt in Deutschland, daß möglichst viel Arbeit auf den Kunden/Verbraucher abgewälzt wird, und zwar so, daß der Kunde/Verbraucher auch noch dankbar ist. Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt, sondern der Profit.

Es ist die Dienstleistungsgesellschaft Deutschland, die sich selbst ihr globalisiertes Bein stellt, bis alle so auf die Nase gefallen sind, daß es nur noch blutige Nasen gibt. Und das bei einem "Krankheitssystem", in dem es zwar eine teure Bürokratie, aber keine Menschen mehr gibt, die die Nasen verbinden können. □

"Das Wahlvolk hat da keinen Platz"

(D.K.) In der Tageszeitung FRANKFURTER NEUE PRESSE vom 6. November 2007 stieß ich auf folgenden Bericht:

Bürger verlassen unter Protest Debatte über Moscheebau in Hausen

Grüne weckt den Volkszorn

Frankfurt. Im Sitzungssaal "Haus Silberberg" im Römer wurde es gestern um 18.40 Uhr zap-penduster: Mitglieder der Bürgerinitiative gegen den Bau einer dritten Moschee in Hausen verließen unter Protest den Saal und schalte-ten dabei das Licht ab. Das war das Ende einer aufgeheizten emotionalen Debatte. Anlaß für den Auszug war eine Bemerkung der integra-tionspolitischen Sprecherin der Grünen, Nar-gess Eskandari-Grünberg. Frankfurt habe ei-nen Migranten-Anteil von 40 Prozent. "Wenn Ihnen das nicht paßt, müssen Sie woanders hingehen", riet sie den rund 50 Hausener Bür-gern. Das war für den Vorsitzenden der Bür-gerinitiative, Horst Weißbach, das Signal zum vorzeitigen Aufbruch. Zuvor hatte er 1064 Unterschriften von Hausener Bürgern der Ausschuß-Vorsitzenden Bernadette Weyland (CDU) überreicht. Weyland heizte ebenfalls unnötig die Stimmung auf, weil sie bereits vor Beginn der Bürgerrunde erklärte, daß der Bau einer dritten Moschee in Hausen längst be-schlossene Sache sei.

Renate Belstler zeigte sich "sehr befremdet über das Verhalten der Kommunalpolitiker", weil sie die Bedenken der Bürger ignorierten. "Sehen Sie nicht die Probleme bei der Massierung von Moscheen?", fragte sie. "Warum unter-stützen die Parteien den Polit-Islam?", frag-te Hiltrud Schröter, die sich nach eigenen An-gaben seit 20 Jahren mit dem Islam beschäf-tigt. Den politischen Islam nannte sie "die drit-te totalitäre Ideologie, ein Rechtssystem, das mit unserem nicht vereinbar ist".

Der Chef der BFF-Fraktion, Wolfgang Hüb-ner, fürchtet mit einer dritten Moschee - gegen den Widerstand der dort lebenden Menschen und des Ortsbeirates - "bedeutende Ände-rungen in der Sozialstruktur". In diesem Zu-sammenhang kritisierte Hübner die Teilnah-me von Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) an der Demonstration "Für Demok-ratie und Religionsfreiheit". "Wo hat sich in Hausen irgendwer gegen die Demokratie aus-gesprochen?", fragte Hübner. Der Ratsvor-sitzende der evangelischen Kirche in Deutsch-land, Bischof Wolfgang Huber, habe gesagt, selbstverständlich dürften die Muslime in Deutschland Moscheen bauen, aber man müs-se über Größe und Art der Bauten diskutieren und sich kritisch mit dem Islam auseinander-setzen. Für seine Rede erhielt Hübner einen knapp 30 Sekunden dauernden Applaus. Ein Antrag der BFF-Fraktion, einen alternativen Standort für die Moschee auszuweisen, wur-de abgelehnt mit Hinweis auf die hessische Bau-

ordnung. "Wenn die Moscheegemeinde einen Bauantrag stellt, muß dieser genehmigt werden", erklärte Thomas Kirchner (CDU). Nicht der Islam, sondern der Islamismus sei das Problem. (tre)

Eine Bürgerinitiative ist eine durchaus legale und erfreuliche Möglichkeit, politischen Willen kundzutun. Wir haben in der Anti-Atom-Kraftwerkbewegung, in der Anti-Raketen-Bewegung, im Umweltschutz und wo und was auch immer, demokratische Ausrufungszeichen gesetzt. Die GRÜNEN sind durch Bürgerinitiativen überhaupt erst möglich geworden. Vermutlich ist jede Partei durch eine "Bürgerinitiative" entstanden. Kaum sind diese "Bürgerinitiativen" zu Parteien geworden und an der politischen Macht, wollen sie die Demokratie abschaffen.

Es gibt neben der Bürgerinitiative einen von den Bürgern gewählten Ortsbeirat, der sich auch gegen den Moschee-Bau gewandt hat. Ich bin der Meinung, daß die Parteien schon lange ihren demokratischen Alleinvertretungsanspruch verloren haben. Der politische Wille eines Ortsbeirates und einer Bürgerinitiative ist dem politischen Willen von Parteien zu mindestens gleichzusetzen, in besonderen Fällen müssen sich die Parteien sogar - demokratisch - unterordnen. Eine umfangreiche, auf-schiebene Diskussion ist notwendig. Eine Volksabstimmung muß am Ende einer Meinungs- und Willensbildung stattfinden.

Die Anti-Demokratie-Allianz zwischen CDU und GRÜNEN wundert mich gar nicht.

Es gab dann noch zwei Leserbriefe, die ich auf der Web-Seite der FRANKFURTER NEUE PRESSE vorfand. Ich dokumentiere sie:

Printausgabe vom 07.11.2007

LESERBRIEFE

Arroganz der Macht

Zu "Moscheebau - Grüne weckt den Volkszorn" (FNP vom 6. 11.):

In der Tat handelt es sich um einen Skandal, wenn eine Stadtverordnete Bürger auffordert, ihre Vaterstadt zu verlassen, wenn ihnen politische Entscheidungen nicht passen. Es ist von besonderer Pikanterie, daß ausgerechnet eine angeblich basisdemokratische Partei wie die Grünen die Bürger nicht einmal mit Respekt behandelt. Daß die Grünen ebenso wenig wie die CDU bereit sind, die sehr kritische Meinung ihrer eigenen Ortsbeiräte vor Ort in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen, zeugt entweder von "Arroganz der Macht" oder schlicht von Ignoranz. Integrationsdezernent Diallo, der sich mit der Sensibilität eines Nashornbullen durch die Szene bewegt, hat die Sitzung übrigens vorzeitig verlassen, auch dies ein Beweis des Respekts für die betroffenen Bürger und übrigens auch für den Ausschuß.

Die Hoffnung der Koalitionäre, das Thema der dritten Moschee in Hausen aus der Landtagswahl heraus zu halten, wird sich nicht erfüllen - und es würde nicht verwundern, wenn es im Wahlkreis auch ein wahlentscheidendes Thema würde! Daß Hausen und die be-

nachbarten Stadtteile nun Hochburg der Freien Wähler werden, haben diese dem mutigen Einsatz von Wolfgang Hübner zu verdanken.

Ralf Sommerlad, 60489 Frankfurt

Printausgabe vom 19.11.2007

LESERBRIEFE

Niedrigstes Niveau

Zu "Moscheebau - Grüne weckt den Volkszorn" (FNP vom 6. 11.):

Abgesehen davon, daß sich die Zeitung mit einem solchen Titel auf niedrigstes Niveau begab, muß sich jeder Bürger fragen, von welchem Volk hier die Rede ist. Wenn man sich ein wenig im Internet umschaute, wird auf erschreckende Weise deutlich, welche üble braune Suppe hoch kocht.

C. und M. Rautenberg, 65812 Bad Soden

Mich würde interessieren, welcher "politischen" Richtung C. und M. Rautenberg anhängen. Es würde mich nicht wundern, wenn sie sich als "Linke" verstehen, was auch immer das ist. Es gibt in Deutschland ein politisches Zwillingsspärchen, die Links- und die Rechts-Faschisten, Demokratie- und Menschenfeinde allesamt. □

Wenn das Imperium foltert

von Konrad Ege

(D.K) Zitate aus einem Beitrag von Raul Zelik, der in FREITAG vom 17. August unter der Überschrift Mit den Mitteln der Feindschaft erschienen sind.

> Mittlerweile läßt sich kaum noch leugnen, daß die staatliche Gewalt in den vergangenen Jahren systematisch entthegt worden ist. Die US-Regierung hat in Guantánamo und an anderen geheimen Orten Räume des Ausnahmezustands errichtet, in denen - zumindest bislang - weder nationales Recht noch internationale Kriegskonventionen gelten. Folter ist von führenden Repräsentanten der USA als "robuste Verhörmethode" verharmlost und damit legitimiert worden. Ein Tabubruch, der vom "Folterverbot", den das Weiße Haus vor wenigen Wochen verkündete, nicht rückgängig gemacht wird. Gleichzeitig wird die Kriegführung immer stärker an so genannte "Private Militärdienstleister" (PMC's) outgesourcet und damit der öffentlichen Kritik systematisch entzogen. Im Irak stellen die PMC's mit mehreren zehntausend Mann mittlerweile das zweitgrößte Besatzungskontingent nach der US-Armee. <

> Dem Kalten Krieg zwischen den Blöcken waren Instanzen der Vermittlung eingeschrieben, im War on Terror ist nur noch von unversöhnlicher Feindschaft die Rede. <

> So plädieren prominente Rechtswissenschaftler wie der Bonner Jurist Günther Jakobs heute dafür, die Gegner der Ordnung nicht mit Mitteln des Rechts, sondern mit Mitteln der Feindschaft zu bekämpfen. <

> Das qualitativ Neue an der Entwicklung besteht also nicht darin, daß das Recht suspendiert werden soll, um Ordnung zu behaupten. Das Neue besteht darin, daß diese Politik mit ungekannter Offenheit verteidigt wird: Die Macht des Staates wird zur unhinterfragbaren Maxime, seine Gewalt zum Recht erhoben. Das ist auch deshalb Furcht erregend, weil die robuste westliche Staatlichkeit in einem Ausmaß über Gewaltmittel und Kontrolltechnologien verfügt, wie es in der Geschichte der Menschheit bislang unbekannt war. Die Entgrenzung herrschaftlicher Gewalt bringt auf diese Weise eine monströse Totalität hervor, der sich nicht mehr entkommen läßt. Interessanterweise werden terroristische Anschläge, um deren Bekämpfung es doch angeblich geht, durch dieses Sicherheitsregime nicht verhindert. Die Ausdehnung souveräner Macht zieht neue Radikalisierungen nach sich, die in der heutigen globalen Konstellation in erster Linie religiösen oder ethnischen Mustern folgen und somit ihrerseits auf eine "politisch entgrenzte" Gewalt hinauslaufen. Da die Knotenpunkte der Macht immer perfekter geschützt sind, wird der terroristische Angriff immer wahlloser und diffuser. Es ist so banal wie verhängnisvoll. <

Kleiner Kulturspiegel

(D.K.) Am Mittwoch, den 28. November 2007 sah ich im *Maxim Gorki Theater Berlin* Gerhard Hauptmann's Diebeskomödie *Der Biberpelz*. Ich hatte im Januar 1995 das gleiche Stück in den *Kammerspielen* gesehen und im Februar 1995 besprochen. Es war, wenn Sie so wollen, eine konventionelle bzw. klassische Aufführung, die den komödiantischen Kern des Stückes nicht beschädigte. Sie können den Text meiner damaligen Besprechung im Internet lesen, und zwar auf der Webseite www.neuepolitik.com, unter Kultur, bitte bis zum Anfang der Seite scrolen.

Die Regisseure der Aufführung im *Maxim Gorki Theater*, Ronny Jakubaschk und Armin Petras, haben den Ehrgeiz, das Stück zu modernisieren.

Das Bühnenbild ist, variabel, mit oder ohne einem Elektroherd, einem Elektrokühlschrank, einem breiten Sofa und einem großen Teppich ausgestattet. Wieso Mutter Wolffen mit ihrer Tochter Holz stehlen mußte, wenn Holz in der "modernen" Fassung des Stückes gar nicht gefragt ist? Na klar, der Holzdiebstahl ist ein Teil der Handlung, aber selbst in einer Diebeskomödie müßte die Handlung in das Bühnenbild eingebettet sein.

Mutter Wolffen (Frau Wolff, immer noch Waschfrau [wo gibt es in Deutschland noch eine Waschfrau?]), die schlesisch-berlinernde "Kodderschnauze", eine "Type", wie man (nur in Berlin?) zu sagen pflegt, tritt im roten Kostüm und in einer Szene mit rosa Kittelschürze auf. Ein bißchen zu vornehm, um eine moderne HartzIV-Empfängerin darzustellen? Obgleich - ich habe im Fernsehen "Talkshows" gesehen, in denen die laut klagenden HartzIV-Damen mit "schnieke" Frisuren und Garderoben auftraten. Julius Wolff, ihr Mann, im Originalstück sicher nicht einer der Intelligentesten und Aktivsten, ist in dieser modernen Fassung ein kranker, etwas seniler alter Mann, der ständig auf dem Sofa sitzt und irgendetwas nuschelt. Ihre Töchter, das mag ja noch angehen, haben punkähnliche Kostüme an.

Der Amtsvorsteher von Wehrhahn, in der Originalfassung ein auch für mich immer noch arroganter "öffentlich Beschäftigter", ein "Klein-Mielke" oder auch "Klein-Schäuble"

mit einer Ein-Mann-Stasi-Organisation ist völlig zur Karikatur geworden. So wie es der moderne Regisseur macht, ist es eine fast nicht zulässige Verharmlosung der Rolle. Zum Ende wird er nackt ausgezogen, was ja in einer modernen Inszenierung nicht fehlen darf. Es geht ja das Gerücht, daß die Progressivität einer Umdichtung einer klassischen deutschen Dichtung von hohem literarischen Wert danach bemessen wird, wie viel Leute nackt, obszön und auf dem Boden herumspielend sich bewegen.

Es wird einiges zugepöbeln und einiges weggelassen. Der gestohlene Biberpelz wird seinem Eigentümer wieder zurückgegeben. Damit hat die moderne Regie eine Forderung des kaiserlich-königlichen Deutschlands erfüllt und ist zu Recht und Ordnung zurückgekehrt. Die Rollen der Frau Motes und des Amtsschreibers Glasenapp fehlen. Mir als Zuschauer blieb verborgen, ob die Frau, mit der der Rentier Krüger auftrat, seine Frau oder eine der Töchter von Frau Wolff ist. Im Original tritt keine Frau Krüger auf. In der Besetzungsliste ist sie auch nicht aufgeführt. Im Textbuch von Bertelsmann aus dem Jahre 1959 steht: > irgendwo um Berlin <. Jetzt müßte vielleicht stehen: > irgendwo in Brandenburg < oder auch: > in der nördlichen Uckermark <. Dankenswerterweise ist im Programmheft ein kurzer Ausschnitt aus den > Gutachten zum demographischen Wandel im Land Brandenburg < abgedruckt. Die Gutachter empfehlen u.a. die Entvölkerung strukturarmer Landschaften. Aber das ist ein anderes Thema, auf welches ich vielleicht an anderer Stelle zurückkomme. *Der Biberpelz* soll damit zu tun haben. Das ist an "sehr langen Haaren" herbeigezogen und völlig ahistorisch.

Das Theater war sehr gut besucht. Es waren offensichtlich Abiturklassen im Saal, die am Schluß kräftig klatschten, johlten und pfeifen. Effekthascherei, Klamauk und eine - fast - fetzige Musik kommen gut an, wenn schon die Schulpflicht einem ins Theater treibt. Da fragt keiner nach dem Wert von Literatur und nach dem einst hochgelobten und tiefgehaßten Autor Gerhard Hauptmann. □

Buchvorstellungen

(D.K.) Das Buch von Gary Allen - *Die Insider - ist ein Klassiker der "Verschwörungsliteratur" und wurde 1971 das erste Mal in den USA verlegt. Die vorliegende Ausgabe ist die 14. erweiterte Auflage 2001 in Deutschland und hat 246 Seiten. Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestellliste an.*

Gary Allen ist ein ebenso außergewöhnlicher wie mutiger Zeitgenosse. Das Examen in Geschichtswissenschaft legte er an der Stanford University ab, dann graduierte er an der California State University in Long Beach. Während der folgenden zehn Jahre wurde ihm durch seine selbständigen Recherchen

bewußt, in welchem Ausmaß das Geschichtsbild, das die Hochschulen vermitteln, durch Verschweigen wesentlicher Tatsachen manipuliert wird.

Seitdem ist es sein Anliegen, die wahre Rollenverteilung in Politik und Wirtschaft in das Interesse der Öffentlichkeit zu rücken. Sein in Millionenauflagen verkauftes Hauptwerk *DIE INSIDER* enthüllt das geheime Zusammenspiel der westlichen Hochfinanz mit den Kommunisten, das den Menschen in aller Welt durch die Lizenzpresse als unveröhnliche ideologische Gegnerschaft dargestellt wird.

DIE INSIDER vermitteln den Einstieg in ein weltweites Verschwörungsnetz, das die "NEUE WELT-ORDNUNG" zum Ziel hat und für die Menschheit den Abstieg in die Sklaverei bedeutet. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ist in höchster Gefahr und erfordert daher von jedem einzelnen Bürger tägliche Wachsamkeit und mutigen Einsatz zur Abwendung der Verfassung und totalen Kontrolle des Individuums.



(D.K.) Albrecht Müller; *Die Reformlüge; 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren; Droemer Knaur, 2005; 416 Seiten. Ich biete das Buch in der beiliegenden Bestellliste an.*

Albrecht Müller, geboren 1938, studierte Nationalökonomie und war Redenschreiber von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller. Von 1973 bis 1982 war er Leiter der Planungsabteilung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, von 1987 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er lebt als Publizist, Unternehmens- und Politikberater in der Südpfalz und ist Herausgeber der Website www.NachDenkseiten.de.

In seiner ebenso spannenden wie erhellen Analyse deckt Albrecht Müller die Hintergründe des Reformwahns auf. Der Nationalökonom belegt: Wenn wir auf Investitionen setzen und das Vertrauen in die eigene Wirtschaftskraft stärken, anstatt den Staat kaputt zu sparen und unsere sozialen Errungenschaften preiszugeben, wäre die Krise rasch beendet.

"Albrecht Müller vertritt sehr entschieden eine Politik, die nicht resigniert, sondern sich auf das Potential besinnt, das wir in Deutschland haben." *Horst Seehofer*

"Als politisches Buch eines der besten der letzten Jahre." *Deutsche Welle*



(D.K.) Das Buch von Alexander Caspar *Der Weg aus der Sackgasse Wirtschaften in der Zukunft, Verlag: Klett u. Balmer /SVK habe ich schon seit längerem im Angebot. Mit dieser Buchvorstellung mache ich noch einmal auf das Buch aufmerksam. Sie finden es*

in der beiliegenden Bestellliste auf Seite 2. Im Laufe der geschichtlichen Entwicklung sind aus dem menschlichen Wollen gesellschaftliche Einrichtungen entstanden. Man betrachtet sie als Gegebenheiten und richtet sich in Gedanken heute nach geschaffenen Tatsachen. Ein den Tatsachen gewachsenes Urteil gewinnt man, wenn man wie in dieser Schrift zu den fundamentalen Gedanken zurückgeht, die allen Einrichtungen zugrunde liegen und aus denen das Zusammenarbeiten der Menschen einer Gemeinschaft hervorgeht. Eben diesem Grundsatz folgt der Autor. Er legt dar, daß *letztlich* alles Wirtschaften auf der Landwirtschaft basiert. Alle nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten leben vom Überschuß der Landwirtschaft (nicht zu verwechseln mit Überproduktion). Erst Arbeitseinsparungen durch Rationalisierungen versetzen die Landwirtschaft in die Lage, Menschen für andere Tätigkeiten freizustellen, indem sie deren Existenzgrundlagen miterwirtschaftet. Daher nehmen auch alle Preisbildungen von der Landwirtschaft und ihrer Produktivität ihren Ausgangspunkt. Der Wert aller außerhalb der Landwirtschaft hervorgebrachten Leistungen entspricht dem, was die von der Landwirtschaft Freigestellten in ihr zu ihrer Existenzgrundlage hätten leisten müssen. Darauf baut die Preisbildung auf. Davon leitet sich wiederum die Geldschöpfung ab und steht nicht mehr bloß in statistischem Zusammenhang mit dem Wirtschaftsgeschehen.

Zum Autor: Alexander Caspar, Jahrgang 1934; nach Abschluß des humanistischen Gymnasiums 1953 Eintritt in eine mit der Industrie verbundene Züricher Privatbank. Viele Jahre Mitglied der Geschäftsleitung, Seit 1991 selbständiger Berater. □

Jedes Lager muß einmal geräumt werden. Auch ein Buchlager! Ich brauche Platz für neue Titel. Deshalb mache ich Ihnen ein Angebot! Sie überweisen mir, mit deutlicher Absenderangabe, auf das Konto NEUE POLITIK GmbH bei der Berliner Bank, BLZ 10020000, Kontonummer 3534323001,

€ 20,-

mit dem Stichwort **Bücher** und ich schicke Ihnen dafür ein Päckchen mit knapp 2 kg Bücher, Taschenbücher und Broschüren, sortiert, nach meiner Wahl, und nicht nur politische Bücher. Es handelt sich um neuwertige und antiquarische Exemplare. Der Rechnungswert der Bücher liegt garantiert über € 20,-. Eine Versandkostenpauschale wird nicht berechnet. Ein Umtausch ist ausgeschlossen. Das Angebot gilt bis zum 29. Februar 2008 und nur für den Postzustellbereich Bundesrepublik Deutschland.

